



MSP AB WÜ MIL

NEUES aus Gemünden* & Berlin

* Sitz meines Wahlkreisbüros

INHALT

- 2 Vor Ort: Pronold, Gabriel, Mattheis
- 3 Hintergrund-Info: Projekt „Soziale Stadt“
- 5 Vor Ort: Ausstellung in der Mittelschule Gemünden
- 6 Vor Ort: Bosch-Rexroth | Klartext: Die Schweiz und die Freizügigkeit
- 7 Parlamentarisches Patenschaftsprogramm
- 8 Aus dem Parlament: Rente mit 63, Altersvorsorge für Bauern
- 9 Aus dem Parlament: Ausbildungsplatzgarantie

AUFRUF



Beteiligt Euch an den Betriebsratswahlen!

Als stellvertretender Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für Arbeit und Soziales und als Vorsitzender der unterfränkischen Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) ist es mir ein besonderes Anliegen, auf die bevorstehenden Betriebs- und Personalratswahlen hinzuweisen. Ein Blick nach Lohr zu Bosch Rexroth

zeigt, wie wichtig starke Arbeitnehmervertretungen sind. Die gewählten Betriebsräte vor Ort kämpfen gemeinsam mit der Belegschaft für gute Arbeit und faire Entlohnung. **Also: Macht mit bei den Betriebsratswahlen und stärkt Euren Vertreterinnen und Vertretern den Rücken.**

KONTAKT

Bürgerbüro Gemünden

Obertorstraße 13
97737 Gemünden
Tel.: 09351 6036563
Fax: 09351 6058298
bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

ÖZ: Mo-Fr 9-13 Uhr und n.V.

Berliner Büro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 227-73434
Fax: 030 227-76433
bernd.ruetzel@bundestag.de

www.bernd-ruetzel.de

VOR ORT

Pronold am Heuchelhof

Eben noch gemeinsam mit der bayerischen SPD-Spitze in Veitshöchheim auf der Faschings-sitzung, am nächsten Morgen schon wieder politisch unterwegs ... Unser Landesvorsitzender Florian Pronold besuchte mit mir zusammen in seiner Eigenschaft als Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit Ende Februar den Heuchelhof in Würzburg, um sich über das Thema „Soziale

Himmrich führten durch die Werkstatt und gaben einen Einblick in die Arbeit. Jugendliche haben hier eine Anlaufstelle und die Möglichkeit, verschiedenes auszuprobieren – zuletzt wurde sogar ein eigenes Musical auf die Beine gestellt. Al Ghusain sieht hier ein gelungenes Beispiel für Maßnahmen, die im Rahmen des Projektes angestoßen und jetzt von der neuen Bundesregierung fortgeführt werden. „Mit diesem tollen Angebot kann vieles aufgefangen und Jugendlichen eine Perspektive eröffnet werden – und darauf kommt es an“, so Al Ghusain.

Auch Pronold zeigte sich beeindruckt und lobte explizit die Arbeit des Vereins. Für ihn ist es wichtig, „dass beim Projekt „Soziale Stadt“ das Geld nicht nur in Beton investiert wird, sondern auch in die Menschen und den sozialen Zusammenhalt vor Ort.“

Gute Nachrichten aus Berlin hatte er zudem im Gepäck: Die neue Bundesregierung hat die Mittel für das Projekt „Soziale Stadt“ mehr als verdreifacht.

Nach der erfolgreichen Projektdurchführung am Heuchelhof und in der Zellerau verbindet der rot-grüne Oberbürgermeisterkandidat Mughtar Al Ghusain damit die Hoffnung und die Perspektive, dass auch eine Förderung der Lindleinsmühle im Rahmen der „Sozialen Stadt“ möglich wird. Wir bleiben hier gemeinsam dran!



Florian Pronold zusammen mit den Würzburger KommunalwahlkämpferInnen am Heuchelhof auf dem neu angelegten Spielfeld, das durch Mittel des Programms „Soziale Stadt“ erst ermöglicht wurde.

Stadt“ zu informieren. Gemeinsam mit Stadtratskandidatinnen und -kandidaten der SPD, Bürgermeisterin Marion Schäfer-Blake und dem OB-Kandidaten Mughtar Al Ghusain standen ein Rundgang und ein Besuch in der Werkstatt des internationalen Integrationsvereins Perspektive e. V. auf dem Programm. Ingrid Preischhoff und Werkstattleiter Alexander

VOR ORT

HINTERGRUNDINFO

Mit dem Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ unterstützt der Bund auf Initiative der SPD seit 1999 die städtebauliche Aufwertung und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in benachteiligten Stadt- und Ortsteilen. Das Programm widmet sich einer komplexen Aufgabe: Es verknüpft bauliche Investitionen der Stadterneuerung mit Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen im Stadtteil.

Der Bund stellte 2013 Finanzhilfen in Höhe von 40 Mio. Euro bereit, die in der Regel zu gleichen Teilen von Ländern und Kommunen ergänzt werden. Durch die Initiativen der SPD wurde im Koalitionsvertrag eine Verdreifachung der Mittel auf 150 Millionen Euro festgeschrieben. Und Bundesministerin Hendricks will diese Mittel künftig nicht nur in großen Städten, sondern auch in sog. Mittelzentren und im ländlichen Raum einsetzen, um z. B. Abwanderung entgegen zu treten! Mehr unter www.sozialestadt.de

Gabriel im ZAE

Auf meine Vermittlung hin unterstützte Vizekanzler und SPD-Parteivorsitzender Sigmar Gabriel am Rosenmontag den Wahlkampf von Muchtar Al Ghusain in Würzburg mit einem Besuch im Zentrum für Angewandte Energieforschung Bayern e.V. (ZAE).

Hier wird nicht nur über Energiesparmaßnahmen und Energieeffizienz geforscht, hier werden auch Produkte zusammen mit der Industrie und vielen kleinen mittelständischen Unternehmen bis zur Marktreife entwickelt. Entsprechend beeindruckt zeigte sich Gabriel von dem Neubau auf dem Gelände der ehemaligen Leighton Barracks in unmittelbarer Nähe zum Hubland-Campus der Universität Würzburg. Ein gelungener Antrittsbesuch des Vizekanzlers in Unterfranken! Mehr zum ZAE unter www.zae-bayern.de



Hausbesuche mit Hund

Neben all den Terminen in Berlin und Unterfranken stand in den letzten Wochen aber auch der Kommunalwahlkampf auf der Tagesordnung. In Adelsberg, Langenprozelten und Hofstetten war ich von Haus zu Haus unterwegs. Das Foto zeigt, wie Monika Poracky und ich dabei auch auf den Hund gekommen sind ... Der Vierbeiner begrüßte uns so freudig bei einem Hausbesuch in Hofstetten, dass wir ihn einfach mit aufs Foto nehmen mussten!

VOR ORT

Mattheis in der Altenpflegeschule



Pflegenotstand, mehr Geld für Personal, besseres Image – diese Schlagworte prägten meinen Besuch Ende Februar bei den Berufsfachschulen für Altenpflege und Altenpflegehilfe Würzburg der bfz gGmbH mit fast 100 Schülerinnen und Schülern.

Zusammen mit der gesundheitspolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Hilde Mattheis (Ulm), informierte ich mich bei der Schulleitung und diskutierte dann mit den Schülerinnen und Schülern.

Die ersten Abgeordneten vor Ort

„Sie sind die ersten Abgeordneten, die uns hier besuchen, um einen Einblick von unserer Arbeit zu bekommen“, freute sich Schulleiter Utz Walther. Und er kam auch gleich zur Sache: Nachwuchsorgen in der Pflege, das schlechte Image der Pflegeberufe, die schwierigen Arbeitsbedingungen in vielen Einrichtungen, die unterschiedliche Bezahlung je nach Träger – alles wurde angesprochen.

Vor dem Hintergrund von bundesweit ca. 40.000 fehlenden Pflegekräften appellierte Walther an die Politik: „Die Pflegesätze müssen erhöht, die Pflege Schlüssel reduziert werden. Nur so wird die Pflege qualitativ besser.“ Und das Geld müsse vor allem ins Personal fließen, um eine angemessene Bezahlung zu ermöglichen und um mehr Personal einstellen zu können.

„Geld ist eine Menge da im System, es muss künftig nur anders verteilt werden“, ist sich Hilde Mattheis sicher. „Die SPD wird sich 2014 verstärkt diesem Thema widmen.“

Klartext in den Klassen

Ungeschminkt und unverblümt ging es dann in den beiden Schulklassen weiter. Zusammen mit Hilde Mattheis wollte ich von den Schülerinnen und Schülern einen Einblick in den Arbeitsalltag bekommen – und wir bekamen Klartext.

Fehlende Mentoren vor Ort, zu viel Verantwortung gleich zu Beginn der Ausbildung, viele Wochenenddienste neben der schulischen Ausbildung, zu wenig Geld und damit verbunden oft Zweitjobs, um die Familie ernähren zu können – die Auszubildenden schilderten ihren Alltag und nahmen dabei kein Blatt vor den Mund. „Wir brauchen mehr Geld für mehr Personal. Nur so haben wir auch mehr Zeit für die Menschen, die wir pflegen sollen. Denn Pflege ist mehr als Essen, Trinken, Körperpflege. Zur Pflege gehören auch Zuhören, ein gutes Gespräch und das Eingehen auf die Menschen und ihre Bedürfnisse. Und dafür haben wir im Moment gar keine Zeit.“

Dieser Besuch hat mich sehr nachdenklich gemacht und auch sehr berührt. Auch wenn es nicht mein Spezialthema in Berlin ist: An diesem Thema bleibe ich dran, weil es ein wichtiges Thema ist und die Menschen betrifft!

VOR ORT

Ausstellung mit Zeitzeugin in Gemünden

Es war ein emotionaler Abend: Die Eröffnung der Ausstellung „Diktatur und Demokratie im Zeitalter der Extreme“ in der Mittelschule Gemünden stand im Zeichen des sich jährenden Reichstagsbrandes und war geprägt von einem wissenschaftlichen Vortrag und Erinnerungen einer fast 90-Jährigen.

Jubiläumsjahr 2014

Der 100. Jahrestag zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, 75 Jahre Beginn des Zweiten Weltkriegs, 25 Jahre friedliche Revolution in Deutschland und zehn Jahre Osterweiterung bilden 2014 eine Reihe von Jubiläen, die ich zum Anlass nahm, um die Ausstellung vom 25. bis 28. Februar nach Gemünden zu holen.

„Wir gehören einer Generation an, die nichts anderes erlebt hat als Frieden“, betonte Rektor Rainer Kunkel bei der Eröffnung am Dienstagabend. Daher gelte es, aus der Geschichte zu lernen. Aus diesem Grund freute er sich, die Ausstellung in seiner Schule anbieten zu können.

Irma Königseder aus Lohr

Mit Irma Königseder aus Lohr hatten wir eine Frau als Gesprächspartnerin gewinnen können, die die Jahre der Nazi-Herrschaft miterlebt hat. Die fast 90-jährige Zeitzeugin gab – von mir interviewt – bei der Ausstellungseröffnung einen Einblick in ihre Erlebnisse.



Wissenschaftlicher Vortrag

Wissenschaftlich wurden die Geschehnisse von Christoph Weißmann vom Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte an der Uni Würzburg beleuchtet. In seinem Vortrag schilderte er die Machtübernahme Hitlers und der NSDAP, beginnend mit der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933, als in Berlin der Reichstag brannte und wenige Stunden darauf die Nazi-Schergen mit der Verfolgung von Juden und der Zerstörung jüdischen Eigentums und der Synagogen begannen. Am Tag nach der Eröffnung wurde sie den Schülerinnen und Schülern vorgestellt. Auch hier stand wieder unsere Genossin Irma Königseder im Mittelpunkt. Und die engagierte und auch sehr emotionale Diskussion zeigt mir: Es war genau richtig, den sonst doch recht „trockenen“ geschichtlichen Stoff mit den Erinnerungen einer Frau aufzufrischen, die sehr viel während ihrer Vertreibung aus Nordböhmen, im Krieg und danach als Flüchtling in Bayern erlebt hat.

„Immer habe ich nach dem Grundsatz gehandelt: Lieber Geld verlieren als Vertrauen. Die Unantastbarkeit meiner Versprechungen, der Glaube an den Wert meiner Ware und an mein Wort standen mir stets höher als ein vorübergehender Gewinn.“
Robert Bosch im Jahr 1921

Zukunft für Aggregatebau in Lohr?

Es war eine eindrucksvolle Demonstration auf dem Schlossplatz. Über 3.200 Menschen kamen am 5. Februar zusammen, um ihre Solidarität mit den 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Aggregatebau auszudrücken. Die Demo hat ihren Zweck erfüllt, Bewegung in die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat zu bringen. Ich bin seit Wochen im Kontakt mit Betriebsrat und Unternehmensführung und durfte auch auf dem Demo sprechen.

Nun zeigen sich erste Kompromisse. Das ist gut so. Zwar hat laut Geschäftsführung der Lohrer Aggregatebau in seiner jetzigen Form keine Zukunft am Lohrer Standort. Doch wird immerhin aktuell zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung über die Bildung einer sogenannten „Systemgruppe“ verhandelt. Dabei handelt es sich um eine neu zu schaffende Abteilung, die individuelle Systemlösungen für Kunden erarbeiten soll. Teile der Belegschaft des Lohrer Aggregatebaus sollen in die neue Systemgruppe übernommen werden.

Wenn diese Lösung kommt, könnte man wichtige Kompetenzen am Lohrer Standort halten und konzentrieren und Arbeitsplätze dauerhaft sichern.

KLARTEXT

Zur Volksabstimmung in der Schweiz

Die enge Verzahnung der Schweiz mit der EU hat der Schweiz viele Vorteile gebracht. Die Personenfreizügigkeit in der EU ist dabei eine der größten Errungenschaften der europäischen Einigung und darf nicht in Frage gestellt werden. Nicht die Begrenzung von Zuwanderung, sondern kluge Städtebau- und Integrationspolitik sind unsere Antwort.

Ich respektiere die demokratische Entscheidung in der Schweiz, die Zuwanderung künftig zu beschränken. Für die SPD ist jedoch klar: Ausgrenzung ist keine Lösung!

Die Konsequenzen und Einschränkungen aus der Volksabstimmung müssen die Bürgerinnen und Bürger, die das so gewollt haben, sowie die politisch Verantwortlichen selbst tragen. Wir dürfen gespannt sein, wie das dort noch weitergeht ...

Klar ist aber auch: Deutschland und der Rest Europas dürfen der Schweiz nicht nacheifern. Das würde unserer Wirtschaft schaden, den kulturellen Austausch beschädigen und all das an Freiheit, wofür wir seit Jahrzehnten gekämpft haben, über Bord werfen.

VOR ORT

Botschafterin aus Wiesthal in den USA

Lisa Bonengel aus Wiesthal ist eine von deutschlandweit 75 jungen Berufstätigen, die ein Stipendium des Bundestages für einen einjährigen Auslandsaufenthalt in den USA bekommen haben. Im Rahmen des Parlamentarischen Patenschaftsprogramms des Bundestages habe ich Lisa aus vielen Bewerbungen ausgesucht und bin nun für die nächsten zwölf Monate ihr „Pate“.

An ihr hat mir besonders gefallen, dass sie nicht nur das persönliche Interesse in den Vordergrund stellt, sondern auch den Austausch und das Miteinander. Auch und gerade im Umweltbereich. Das hat den Ausschlag für Lisa gegeben.

Klischees positiv verändern

Die jungen Stipendiaten sind in den USA Botschafter unseres Landes. Lisa möchte einerseits in das Leben und die Kultur Amerikas eintauchen und herausfinden, ob die Klischees, die in den Köpfen der Menschen vorherrschen, auch in der Realität Bestand haben. Gleichzeitig möchte sie dazu beitragen, das Bild, das die Amerikaner vielleicht ebenso klischeehaft von den Deutschen haben, positiv zu verändern. Diese Einstellung hat mich überzeugt.



Los geht's im August

Am 5. August startet Lisa Bonengel für ein Jahr nach Amerika. Wohin genau, das weiß sie noch nicht. In den USA geht sie dann ein halbes Jahr aufs College, danach folgt ein halbes Jahr Berufstätigkeit.

Zur Person:

Die Wiesthalerin Lisa Bonengel hat das Mädchenbildungswerk des Gemündener Kreuzklosters mit der Mittleren Reife abgeschlossen und absolvierte eine Berufsausbildung zur Kauffrau für Bürokommunikation bei der Firma Düker in Laufach. Bis Juni besucht sie die Euroakademie in Aschaffenburg, um sich dort zur Euro-Management-Assistentin weiterzubilden.



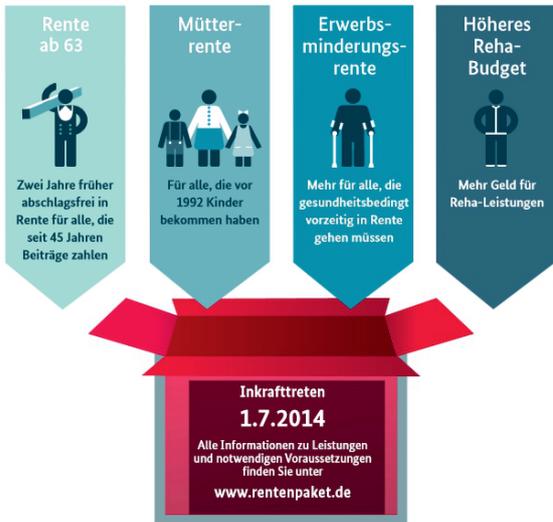
AUS DEM PARLAMENT

Rente mit 63 trotz Arbeitslosigkeit

Im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales diskutierte ich Mitte Februar mit Frank-Jürgen Weise, dem Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit, über Details zur geplanten Umsetzung der abschlagsfreien Rente ab 63 Jahren für langjährig Beschäftigte. Versicherte müssen mindestens 45 Beitragsjahre vorweisen können, um Anspruch auf den abschlagsfreien Rentenzugang ab 63 Jahren zu haben.

Das Rentenpaket

Das ist drin



Unser Gesetz sieht vor, dass neben Zeiten mit Pflichtbeiträgen aus abhängiger oder selbstständiger Beschäftigung auch Zeiten der Wehr- oder Zivildienstpflicht gelten, Zeiten der nicht erwerbsmäßigen Pflege von Angehörigen sowie Zeiten, in denen Arbeitslosen oder Teilarbeitslosengeld, Leistungen bei Krankheit (Krankengeld, Verletzten-geld) oder Übergangsgeld bezogen wurden. Nicht berücksichtigt werden allerdings Zeiten der freiwilligen Versicherung und Zeiten des Bezugs von Arbeitslosenhilfe oder ALG II.

Nähere Infos bietet das kostenlose Servicetelefon der Deutschen Rentenversicherung unter Telefon (08 00)10004800.

Abschaffung der Hofabgabeklausel steht ganz oben auf der Agenda

Wer sein Leben lang in die landwirtschaftliche Alterskasse eingezahlt hat, hat einen Rentenanspruch – unabhängig von der Frage, ob er seinen Hof abgibt oder nicht. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist ihre Abschaffung daher eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Und etwas, das wir mit unseren Bauern vor Ort diskutieren müssen. Denn nur die SPD steht hier auf ihrer Seite! Die Hofabgabeklausel ist einfach nicht mehr zeitgemäß, denn nur noch für ein Drittel der Betriebe findet sich überhaupt ein Hofnachfolger. Derzeit haben sich zahlreiche Verbände und Vereinigungen mit der Zukunft der Hofabgabeklausel beschäftigt. Immer wieder tauchen Forderungen nach zwanzig- oder mehrprozentigem Rentenabschlag bei nicht erfolgter Hofabgabe auf. Diese entbehren allerdings jeder seriösen Grundlage und verschleiern durch ihre Unbedachtlichkeit den Ernst der Lage. Aus unserer Sicht geht es hier nicht um das Feilschen auf einem Basar. Wir wollen die komplette Abschaffung der Hofabgabeklausel, denn nur so lässt sich der drohenden Altersarmut der Betroffenen effizient entgegenwirken. Gerade in ländlichen Regionen bei uns in Unterfranken ist dies ein wichtiges Thema – auch wenn es nicht jeden Tag in der Zeitung steht. Hier bleiben wir dran!

Ausbildungsgarantie durch die Allianz für Aus- und Weiterbildung umsetzen

Das Erfolgsmodell der beruflichen Bildung in Deutschland ist für viele junge Menschen der Weg in die Arbeitswelt und ermöglicht die Verwirklichung individueller Lebensziele. Unser Land braucht diese Fachkräfte von morgen. Ein gleichwertiges Miteinander von allgemeiner und beruflicher Bildung gibt den jungen Menschen die notwendige Flexibilität beim Eintritt in das Berufsleben. Wir wollen den Ausbildungspakt zur Allianz für Aus- und Weiterbildung gemeinsam mit den Sozialpartnern weiterentwickeln und eine tarifliche Ausbildungsgarantie gemeinsam umsetzen.

Duale Ausbildung ist ein Erfolgsmodell

Die duale Berufsausbildung in Deutschland ist ein Erfolgsmodell. Vielen jungen Menschen eröffnet sie über die Erlangung der vollen Berufsfähigkeit den Einstieg in die Arbeitswelt und damit die Chancen auf sichere Lebensperspektiven. Vor diesem Hintergrund ist es uns ein besonderes Anliegen bei der Weiterentwicklung des Ausbildungspakts zur Allianz für Aus- und Weiterbildung die Sozialpartner mit ins Boot zu holen und die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Ausbildungsgarantie zum Beispiel durch Tarifverträge gemeinsam umzusetzen.

Notwendig ist die Bereitstellung einer ausreichend hohen Zahl von betrieblichen Ausbildungsplätzen. Die derzeitige Ausbildungsbetriebsquote ist angesichts des zukünftigen Fachkräftebedarfs bei einem abermaligen Minus von 13.700 Plätzen im Vorjahresvergleich auf 21,7 Prozent gesunken und liegt damit auf dem niedrigsten Niveau seit 1999. Gleichzeitig nahm aber der Gesamtbestand an Unternehmen im fünften Jahr zu. Potenzial besteht besonders bei den Kleinst- und Kleinbetrieben sowie mittleren Unternehmen.

Unterstützung für ausbildende Betriebe

Betriebe, die sich Jugendlicher mit schlechteren Startchancen annehmen, erhalten Unterstützung durch die ausbildungsbegleitenden Hilfen und die assistierte Ausbildung.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Gleichwertigkeit der allgemeinen und beruflichen Bildung. Wenn wir in Deutschland unsere Wettbewerbsfähigkeit erhalten und dazu eine ausreichende Zahl von Fachkräften ausbilden wollen, ist es grob fahrlässig, zwischen der beruflichen Bildung und der Ausbildung an Hochschulen zu polarisieren. Beide Bildungswege müssen so miteinander verknüpft werden, dass ein Wechsel problemlos möglich ist. Wie hoch hier der Bedarf ist, sieht man beispielsweise an den Kooperationen des Zentralverbandes des deutschen Handwerks mit Hochschulen, um Studiaussteigern neue Perspektiven zu eröffnen.